

Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden, GB): Auf dem Weg zur „Stadtregion Bern“: Grundlagenstudie für künftige Diskussionen über Gemeindefusionen notwendig

Mit der kantonalen Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 über die Agglomerationsstrategie wurden die Grundlagen für die Schaffung von Regionalkonferenzen geschaffen. Damit kann mit einer nächsten Abstimmung die Regionalkonferenz für die Region Bern-Mittelland geschaffen werden. Künftig können die Regionsgemeinden über gewisse Fragen in der Verkehrsplanung, der Siedlungsentwicklung, der Kulturförderung und der Regionalpolitik gemeinsam entscheiden. Die Unterstützung der Vorlage mit rund 80% ist ein positives Zeichen für eine verstärkte Kooperation der Gemeinden und das Modell einer Regionalkonferenz ist damit ein wichtiger Schritt. Gleichzeitig hat das Modell der Regionalkonferenzen aber auch klare Grenzen. So ist es stark auf die Exekutiven ausgerichtet und mit 101 betroffenen Gemeinden müssen sehr heterogene Interessen auf einen Nenner gebracht werden. Zur Regionalkonferenz Bern-Mittelland gehören neben Bern weitere 100 Gemeinden von Aeschlen, Albligen, Allmendingen bis Zauggenried, Zäziwil und Zuzwil. Trotz Gemeinsamkeiten ist es offensichtlich, dass die Probleme und Anliegen der Kernagglomeration Bern (u.a. Stadt Bern, Köniz, Ostermundigen, Zollikofen, Ittigen etc) andere sind. Das Thema Gemeindefusionen in der Kernagglomeration Bern ist vielerorts ein Reizwort. Statt aufgrund klarer Fakten wird aufgrund von Emotionen diskutiert.

Es wäre sinnvoll zusammen mit dem Kanton und den Agglomerationsgemeinden rund um Bern im Rahmen einer Grundlagenstudie mit Szenarien für die mittel- bis langfristige Zusammenarbeit der Agglomerationsgemeinden im Sinne einer „Stadtregion Bern“ zu erarbeiten.

Ein Beispiel dafür liefert die Grundlagenstudie „Starke Stadtregion Luzern“ (2007), die zusammen von Stadt und Kanton Luzern erarbeitet wurde.¹ Dabei wurde die bisherige kleinteilige Gemeindenstruktur einer vereinigten Stadtregion gegenübergestellt. Anhand einer Chancen/Gefahrenanalyse überwiegen deutlich die Vorteile einer Stadtregion. Kriterien waren u.a. die Einflussnahme auf Bundes- und Kantonspolitik, die Wettbewerbsfähigkeit, finanzielle Auswirkungen, aber auch Aspekte wie der Druck auf die Umwelt, Verkehrsfragen etc.

Der Gemeinderat wird gebeten folgendes Anliegen zu prüfen:

1. Eine Grundlagenstudie für die mittelfristige Zusammenarbeit der Kernagglomerationsgemeinden rund um Bern zu erstellen, welche das Modell der Regionalkonferenzen ergänzt.
2. Dabei sind der Kanton, der VRB (Verein Region Bern) und wenn möglich die Kernagglomerationsgemeinden für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen. Dabei wird im Vorstoss bewusst auf eine abschliessende Aufzählung der Gemeinden verzichtet. Dies soll Gegenstand des Diskussionsprozesses sein.
3. In der Studie sind neben thematischen gemeinsamen Herausforderungen (wie Verkehr, Siedlungsentwicklung/Wohnraum, Infrastrukturen, soziale Dienstleistungen) auch finanzielle Überlegungen (Erbringung effektiver Leistungsangebote des Service public) und Modelle für die institutionelle Form einer neuen Struktur aufzuzeigen.
4. Die Studie muss mit Begleitmassnahmen wie Information und Partizipation von Seiten der Bevölkerung ergänzt werden.

¹ <http://www.gemeindereform.lu.ch>

Bern 22 Mai 2008

Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden, GB), Hasim Sancar, Karin Gasser, Anne Wegmüller, Cristina Anliker-Mansour, Urs Frieden, Lea Bill, Christine Michel, Emine Sariaslan, Stéphanie Penher

Antwort des Gemeinderats

Dem Gemeinderat ist eine verbesserte, verbindliche Zusammenarbeit in der Region Bern wichtig. Der Gemeinderat hat die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit und des Thematisierens von Fusionen in der Vergangenheit bereits verschiedentlich betont. Derzeit hat aber die Einführung der Regionalkonferenz (SARZ) Priorität. Mit ihr kann in einigen Bereichen eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Regionsgemeinden gewährleistet werden. Da die Handlungsmöglichkeiten der Regionalkonferenz jedoch begrenzt sind und ihr Perimeter sowohl städtische wie auch ländliche Gemeinden von sehr unterschiedlicher Grösse und mit unterschiedlichen Bedürfnissen umfasst, ist der Gemeinderat bereit, das postulierte Anliegen zu prüfen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 19. November 2008

Der Gemeinderat